

REDE DER FRAKTION SPD / LINKE

Haushalt 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man sich den zu verabschiedenden Haushaltsplan 2026 ansieht, wird deutlich, in welcher schwieriger Finanzlage sich die Stadt Olsberg befindet.

Dabei spiegelt der Haushaltsplan 2026 die reale Haushaltsslage nur sehr bedingt wider. Der Kämmerer hat im Nachgang zum Haushaltsplan mitgeteilt, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen 2025 von 15 Mio. € auf 13,1 Mio. verringern. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf den Haushaltsplan für 2026. Unsere Fraktion schließt daraus, dass der Gewerbesteueransatz von 15,35 Mio. Euro so nicht zu halten ist, und dass sich eine Erhöhung des Fehlbetrags für 2026 um weitere 2 Mio. Euro abzeichnet. Damit wären wir bei einem Defizit von fast 10 Mio. Euro.

Bei der Berechnung des Fehlbetrags für 2026 hat die Verwaltung einen globalen Minderaufwand von 2% der ordentlichen Aufwendungen angesetzt. Das bedeutet einen Minderaufwand von 1.071.279 €. Es müssen also von 53.5 Mio. Euro an ordentlichem Aufwand 2 % eingespart werden. Bei diesem hohen Betrag sind vermutlich auch gesetzlich oder tarifgebundene Aufwendungen inbegriffen. Um Einsparungen in dieser Höhe zu schaffen, sind jedoch deutlich höhere Einsparungen bei den **ungebundenen** Aufwendungen erforderlich.

Auch auf Seiten der Grundsteuereinnahmen ergeben sich – nicht zuletzt aufgrund der noch nicht absehbaren Rechtsprechung – Unsicherheiten über die Höhe der zu erzielenden Steuereinnahmen.

Die angekündigten Strukturmittel des Bundes für Infrastrukturinvestitionen kommen leider nur in Höhe von ca. 8 Mio. € bei uns in Olsberg an, weil die Landesregierung 20% der auf NRW entfallenden Bundesmittel zurückbehält und nicht an die Kommunen weiterleitet. Im Ergebnis saniert sich die Landesregierung hier auf Kosten der Städte in NRW.

Sorgen bereitet uns auch der Anstieg der Kreisumlage um 1,2 Mio. Euro, auch wenn eine Kompensation durch eine niedrigere Jugendamtsumlage erfolgt. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit sich der Hochsauerlandkreis bei den Kommunen bedient – und das in unserem Fall bei einem nicht ausgeglichenen Fehlbetrag von über 7 Mio. Euro. Verantwortlich dafür ist die CDU, denn sie verfügt über die politische Mehrheit im Kreistag. Auch hier müsste der vom Bürgermeister geforderte Grundsatz gelten „Wer bestellt, bezahlt“, um einen solchen Griff in die Taschen der Stadt Olsberg zu verhindern. Schon 2025 haben wir diese horrenden Kostenumlagen des Hochsauerlandkreises in unserer Haushaltsrede angeprangert, die mittlerweile höher sind als die Steuereinnahmen unserer Stadt.

Herr Bürgermeister, wir halten – wie Sie – das Vorgehen auf Bundesebene für ein Unding, wie der Bund zu Lasten der Städte und Gemeinden Vorgaben macht und die Kommunen dann für die Kosten geradestehen lässt. Das können wir alle immer wieder nur kritisieren. Auf der Kreisebene jedoch haben Sie als Bürgermeister und Sie als CDU doch Einfluss, um die Dinge zu ändern.

Und vielleicht ist es auch an der Zeit, dass ein Verband wie der Deutsche Städtetag in dieser Sache – also „wer bestellt, bezahlt“ – vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe klagt.

Zurück zu den Zahlen/den Investitionen in unserer Stadt:

Die schwierige Haushaltsentwicklung geschieht vor dem Hintergrund der gewaltigen Investitionen, die in unserer Stadt anstehen: im Bereich der Schulen, der Feuerwehrgerätehäuser oder der Wiederherrichtung des Aqua Olsberg, um nur die wichtigsten Maßnahmen zu nennen.

Grundschule Bigge

Bei den Investitionen für die Grundschule Bigge scheint ein Umdenken stattgefunden zu haben, zumindest soll das Investitionsvolumen kritisch durchleuchtet werden. Wir begrüßen das ausdrücklich. Zudem gilt es, vor Beginn der Arbeiten zu klären, ob die Maßnahme ggf. unter die Fördermöglichkeiten des Landes fällt.

Feuerwehrgerätehäuser

Bei der Planung der Feuerwehrgerätehäuser in den Olsberger Dörfern kann es unseres Erachtens nicht angehen, dass für jedes neu zu errichtende Gebäude 150.000 € an Planungskosten anfallen. Diese Gebäude sind standardisiert zu errichten, so dass unseres Erachtens deutliche Einsparungen bei den Planungsansätzen möglich sein müssten.

Aqua Olsberg

Beim Aqua Olsberg entsteht nach dem Haushaltsplan 2026 ein Fehlbetrag von über 2 Mio. Euro; das sind 141 Euro je Einwohner (2.056.386 EUR ./ 14.500 Einwohner). Dieses hohe Defizit entsteht trotz unterstellter höherer Besucherzahlen und einer deutlichen Erhöhung der Eintrittspreise. Ein Defizit in dieser Größenordnung werden wir uns auf Dauer nicht leisten können.

Aus unserer Sicht muss der jährliche Zuschussbedarf zum Aqua drastisch reduziert werden. Dabei darf es keine Denkverbote geben. So ist die geplante Gastronomie durch Systemgastronomie oder durch Automaten zu ersetzen.

Auch ist der weitere Betrieb des Außenbeckens zu hinterfragen und wir müssen Möglichkeiten prüfen, das Bad in private Hände wie eine Betreibergesellschaft zu geben.

Auch sind die Planungen zu den Einnahmen des Aqua unseres Erachtens zu optimistisch, insbesondere wenn man an das nun hinzukommende neue Bad in Willingen denkt.

Da unter Bürgermeister Fischer bei den Großprojekten in der Kernstadt keine echten Sparbemühungen verfolgt wurden, ist das Einsparpotenzial bei allen Großprojekten in unserer Stadt unbekannt. Erst auf unser massives Drängen hin ist es gelungen, ein Feuerwehrgerätehaus in der Kernstadt für 10 Mio. anstatt der zuvor angesagten 15 Mio. Euro zu planen.

Die im Haushaltsplan herausgestellten Sparbemühung beim Feuerwehrhaus in der Kernstadt wünschen wir uns für alle Vorhaben in unserer Stadt. Schon durch bescheidenere Ansätze bei den Großprojekten lässt sich die Ergebnissituation unserer Stadt deutlich verbessern – und die Verschuldung der Stadt ebenso!

Die immer wiederkehrende Phrase „Wir liegen unter dem Budgetansatz“ lässt uns an dem ernsthaften Willen zum Sparen zweifeln. Unsere Fraktion ist zutiefst davon überzeugt, dass es bei der Haushaltslage der Stadt kein Ruhmesblatt sein kann, Budgets nicht zu überschreiten. Bitte hören wir in Olsberg auf mit den Gedanken „Budgets auszuschöpfen“. Denn: Jeder unnötig **nicht** ausgegebene Euro ist ein guter Euro für die Bürgerinnen und Bürger in Olsberg.

Lichtblicke

Nach diesen kritischen Einlassungen ist es wohltuend, auch Lichtblicke, kleine Leuchttürme, in unserer Stadt zu erwähnen. Die Entwicklung der Stadtbücherei mit ihren kreativen Veranstaltungen gehört ganz gewiss dazu: Sei es als Kooperationspartner für unsere Schulen und Kindergärten oder seien es die gestiegenen Besucher- und Ausleihezahlen.

Es wäre wünschenswert, wenn uns Ähnliches auch bei anderen Vorhaben, bei weiteren Herausforderungen in Olsberg, gelingen würde. Dabei haben wir vor allem den Strukturwandel in der Industrie vor Augen, die Herausforderungen des Handwerks, das nur schwer ausreichend Fachkräfte findet, das Verschwinden von Geschäften und Gaststätten wegen veränderter Konsumgewohnheiten. Und das alles vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft.

Wir wollen das nicht bejammern, sondern kreative und intelligente Lösungen dafür entwickeln. Warum sollen „Best practise- oder Leuchtturm-Lösungen“ nicht aus Olsberg kommen.

Bei den dicken Brocken, den großen Investitionen, die wir in Olsberg vor der Brust haben, stehen wir zu unseren Zusagen und möchten die genannten Infrastrukturprojekte – in der Kernstadt und den Dörfern – auch umsetzen. Dazu müssen die Planungen auf den Prüfstand im Hinblick auf Einsparpotenzial. Da reicht es nicht, dass die Ratsmitglieder mit ihrem profunden Halbwissen bei den Projekten nun Brain Storming betreiben und Ideen in den Raum werfen.

Ein aus unserer Sicht besserer Vorschlag: Gute Sparvorschläge belohnen, ob die nun von innen, von der Verwaltung, oder von außen kommen.

Mit dem Slogan „Neu denken“ hat die CDU den Kommunalwahlkampf bestritten. Leider ist von diesem „Neu denken“ im Haushaltsplan wenig zu erkennen. Vielleicht ist es ja der kurzen Zeit seit der Kommunalwahl geschuldet.

Auf Seite 62 des Haushaltsplans dann der kommunalpolitische Offenbarungseid: Steuererhöhungen!

Es geht um eine drastische Erhöhung der Realsteuerhebesätze bei der Grundsteuer. Es ist sogar von einer Verdoppelung die Rede.

Für uns bedeutet das, dass noch entschiedener gespart werden muss bis zu dem Punkt, dass Vorhaben erst später begonnen werden nach den beiden Grundsatzfragen:

- 1.) Was ist zwingend umzusetzen? Also eine harte Priorisierung. Und
- 2.) Was gibt es an Einsparmöglichkeiten?

Aus unserer Sicht ist dieses Vorgehen umso gebotener, als der Haushalt die Gewerbesteuererbrüche 2025 noch gar nicht umfasst.

Strategieüberprüfung

Auch wenn Einsparungen zwingend geboten sind, uns ist sehr klar, Sparen ist noch keine Strategie. Aber eine simple Steuererhöhung ist es noch viel weniger, zumal die Steuerlasten unsere Bürgerinnen und Bürger und auch die ansässigen Unternehmen nicht überfordern dürfen. Schließlich wollen wir eine attraktive Stadt bleiben. Das gilt gleichermaßen für den Wirtschaftsstandort, für den Wissensstandort (Stichwort Bildung) und auch für das Wohnen in einer attraktiven Stadt mit guten Umweltstandards.

Wir sind bereit, diesen Prozess aktiv und konstruktiv mit dem neuen Bürgermeister und dem neuen Rat zum Wohle unserer Stadt zu gestalten.

Dazu fordern wir, dass alle städtischen Ausschreibungen zunächst die Fachausschüsse durchlaufen, bevor sie veröffentlicht werden. Das ist zumindest ein strukturierter Weg, weitere Einsparmöglichkeiten zu identifizieren.

Dieser Haushaltsplan 2026 ist ein Damoklesschwert über den Köpfen der Unternehmen und der Menschen in Olsberg. Er lässt keine ausreichenden Sparbemühungen bei den Investitionen und Ausgaben erkennen. Er

beinhaltet auf der Einnahmenseite zu positive, nicht der Realität entsprechende Ansätze.

Dieser Haushaltsplan ist der Weg in die Haushaltssicherung. Deshalb fordern wir die Ratsfraktionen auf, den Haushaltsplan in der vorliegenden Form abzulehnen.

Lassen Sie es mich zum Schluss auf den Punkt bringen:

1.) Uns reichen die Sparanstrengungen im Haushalt 2026 bei weitem nicht!

2.) Das im Haushaltsplan 2026 vorgelegte massive Defizit bedeutet für die Menschen in Olsberg Steuererhöhungen.

Wir akzeptieren dieses Defizit und in Folge unausweichliche Steuererhöhungen nicht. Deswegen lehnen wir den vorgelegten Haushaltsplan 2026 ab!

.